

NACHRICHTEN

BEKENNTNISSE EINES RAPPERS

Bushido würde gern Merksls Groupie sein



MÜNCHEN | Rapper Bushido hat erklärt, die Zeiten, „wo Frauen mich mit Sex ködern konnten, sind vorbei“. Der 30-Jährige sagte dem Magazin *InStyle*, er habe die Erfahrung gemacht, dass Erfolg und Geld falsche Freunde anziehen. „Die erzählen dann immer, dass sie Anis kennen lernen wollen und nicht Bushido“, sagte der Rapper, der eigentlich Anis Mohammed Ferchichi heißt. Sobald dieser Spruch komme, „bin ich sofort raus aus der Nummer“. „Wobei es umgekehrt auch eine Frau gibt, mit der ich allein aufgrund ihres Status Sex haben würde: Angela Merkel.“
Illustration: Fubu-toonpool

ZUGUNGLÜCK IN BERLIN

24 Menschen verletzt

BERLIN | 24 Menschen sind am Donnerstag in Berlin bei einem Zugunglück verletzt worden. Fünf Personen, darunter der Lokführer, erlitten laut Polizei schwere Verletzungen. Kurz nach 22 Uhr fuhr ein Regionalzug im Berliner Bahnhof Karow auf einen langsam fahrenden Güterzug auf. Die Ursache war zunächst ungeklärt. Beim Aufprall entgleisten die ersten Wagen des Regionalzuges. Der Lokführer wurde im Führerhaus eingeklemmt und musste von der Feuerwehr durch die Frontscheibe befreit werden. (dpa)

CHRONISCHE HERZSCHWÄCHE

Ärztinnen therapieren Frauen besser

MANNHEIM | Frauen mit chronischer Herzschwäche werden von Ärztinnen besser behandelt als von deren männlichen Kollegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Uniklinikums des Saarlandes, die gestern auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie vorgestellt wurde. Während weibliche Ärzte ihre Patienten gleich behandeln, und zwar unabhängig von deren Geschlecht, therapieren männliche Ärzte Patientinnen signifikant seltener und auch mit geringeren Dosierungen, so die Studie. (afp)

KRITIK AN AUSZEICHNUNG

Politiker: Erdogan soll Preis nicht kriegen

BERLIN | Die geplante Auszeichnung des türkischen Premierministers Recep Tayyip Erdogan mit einem Toleranzpreis ist parteiübergreifend auf Kritik gestoßen. Politiker von Union, SPD und Grünen forderten Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) als Schirmherren des Preises in der gestrigen *Bild*-Zeitung auf, von der Ehrung mit dem Avicenna-Preis Abstand zu nehmen. Die SPD-Europaexpertin Lale Akgün kritisierte, Erdogan sei nicht mal in seinem eigenen Land eine Integrationsfigur. (afp)

WETTER

„Quinta“ setzt sich gegen „Quirin“ durch

Der Wetterabsturz ist doch nicht so drastisch wie vorausgesagt. Im Duell von Tief „Quirin“ gegen Hoch „Quinta“ scheint „Quinta“ bessere Karten zu haben. „Quirin“ sorgt heutzutage in der Mitte und im Süden Deutschlands für Wolken und Regen. Aber schon am Sonntag wird „Quinta“ über die Sonne rauslassen. An der Ostsee wird's am Wochenende 9 bis 13 Grad warm, am Oberrhein kann das Thermometer 22 Grad anzeigen.

„Lafontaine wird in den Landtag einziehen“

SAARLINKE Der Bundesvorsitzende der Linkspartei, Oskar Lafontaine, will nach der Wahl im Saarland sein Landtagsmandat auf jeden Fall annehmen – auch wenn er keine Chance hat, Ministerpräsident zu werden. Das sagt Saarlunds Landeschef Rolf Linsler

INTERVIEW

KLAUS-PETER KLINGELSCMITT

taz: Herr Linsler, glauben Sie wirklich, dass die Linkspartei bei den Saarland-Wahlen im August besser abschneiden wird als die SPD?

Rolf Linsler: Das ist Kaffeeseitzleserei. Sagen kann man aber schon heute, dass es knapp ausgehen wird. Nach den letzten Umfragen käme die SPD auf 23 Prozent, die Linke auf 22. Bei uns beginnt die heiße Wahlkampfphase aber erst nach dem Listenparteitag an diesem Samstag. Da ist noch Luft nach oben. Klar ist allerdings, dass wir zum ersten Mal in einem westdeutschen Flächenland der SPD auf Augenhöhe begegnen werden.

Doch nur wegen Oskar Lafontaine, der in diesem Superwahljahr sowohl als Spitzenkandidat im Saarland antreten als auch für die Bundestagswahl im September kandidieren wird.

Natürlich ist Oskar Lafontaine die herausragende Persönlichkeit. Er hat bewiesen, dass er es kann. Er war Oberbürgermeister von Saarbrücken, dann Ministerpräsident im Saarland und ist nun Bundesparteichef der Linken. Wir wären schön dumm, wenn wir seine Popularität und seinen politischen Sachverstand nicht nutzen würden.

Lafontaine ist im Saarland Spitzenkandidat. Wenn er nicht über Heiko Maas von der SPD triumphiert, will er wieder in



Keht Linkspartei-Chef Oskar Lafontaine auch als Oppositionsführer ins Saarland zurück? Fotos: Action Press/Becker & Bredel/AP

den Bundestag einziehen. Ist das nicht Betrug an den Wählern?

Am Donnerstagnachmittag hat Oskar Lafontaine erklärt, sein Landtagsmandat auf jeden Fall annehmen zu wollen. Sollte es zu Koalitionsverhandlungen kommen, wird er daran teilnehmen und natürlich ein Bündnis gegen die CDU vorbereiten wollen.

Auch wenn die Sozialdemokraten die Linkspartei dann doch abhängen?

Das Fell des Bären verteilt man nach der Landtagswahl. Bis zur Bundestagswahl gibt es dann vier Wochen Zeit. Aber die SPD an der Saar wird in diesen vier Wochen schwer unter Druck geraten. Die Alternative zu einem Bündnis mit uns ist eine Koalition mit der CDU. Dies wird bei der SPD bestimmt zu einer Zerreißprobe führen.

Würde es helfen, wenn der stellvertretende SPD-Landeschef Eugen Roth anstelle von Heiko

Maas die Verhandlungen führen würde?

Dazu sage ich nichts. Das muss die SPD selbst entscheiden. Ich fordere Heiko Maas allerdings auf, noch vor den Kommunalwahlen im Juni zu erklären, dass es ihm ernst ist mit der Ablösung der Regierung Müller. Das ist Maas allen Wählerinnen und Wählern schuldig. Programmatisch passt zwischen SPD und CDU es kaum etwas zusammen. Mit uns hingegen fast alles: Bergbau, Wirtschaftspolitik, Bildung.

Die Grünen im Saarland haben sich bislang nicht eindeutig zu einem Linksbündnis bekannt. Wäre es deshalb nicht angebracht, die Grünen ein bisschen zu hofieren?

Hofieren werden wir die Grünen ganz gewiss nicht. Die Grünen wissen aber genau, dass ihre Wähler nach links tendieren und sie es sich deshalb gar nicht leisten können, die chaotisch-konservative Regierung von Ministerpräsidenten Müller zu stützen.

Wahlen im Saarland

■ **Landesparteitag:** Delegierte der saarländischen Linkspartei stellen an diesem Samstag in Saarbrücken ihre Landeslisten für die Landtagswahl im August auf. Die Bundestagswahl ist nur einen Monat später.

■ **Landesspitzenkandidat:** Platz eins auf der Liste zur Landtagswahl ist bereits gesetzt: Oskar Lafontaine. Er wurde bereits im vergangenen Jahr auf einem Sonderparteitag zum Spitzenkandidaten gewählt. Es gab keinen Konkurrenten.

■ **Bundestagsspitzenkandidat:** Auch bei der Wahl zum Listenführer für die Bundestagswahl geht Lafontaine konkurrenzlos ins Rennen. Um die Plätze zwei und drei hingegen balgt sich gleich eine ganze Schar. Zu viele Männer jedenfalls, finden die Frauen der Linkspartei. Sie berufen sich auf die Satzung, der zufolge ihnen eigentlich jeder zweite Listenplatz zusteht. (kpk)

ROLF LINSLER

■ 67, ist Landesvorsitzender der Linken im Saarland. Bevor er der Partei im August 2007 beitrug, war er Mitglied der SPD. Linsler arbeitete viele Jahre lang als Gewerkschaftsfunktionär, zuletzt war er Landesvorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di im Saarland



Berndt Media

Wir gratulieren!

Und freuen uns, einige Jahre aktiv beim Zeitungsmachen dabei gewesen zu sein.

Das Berndt-Media-Team (Ex-taz-nrw) Joachim Berndt

Weiterhin gratulieren:

www.berndt-media.de
KINO, KULTUR, KOMBI.

Ahmadinedschad spaltet UN-Konferenz

DURBAN II Der Auftritt von Irans Präsident droht die Antirassismuskonferenz in Genf platzen zu lassen. Westliche Staaten haben Angst vor antisemitischen Hetzreden. Ein Boykott der Veranstaltung durch die Bundesregierung ist dennoch umstritten

BERLIN taz | Es wäre das erste Mal, dass Deutschland eine wichtige UN-Konferenz boykottiert. Doch bei der Antirassismuskonferenz kommende Woche in Genf könnte genau das passieren. Am Freitag hat sich die Bundesregierung einen Boykott der Konferenz offengehalten. Vor einer Entscheidung wollte sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) aber noch mit seinen EU-Kollegen abstimmen. Zuvor hatte der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke (CDU), eine Teilnahme Deutschlands als unwahrscheinlich bezeichnet: „Ich würde es für richtig halten, wenn die

EU geschlossen nicht an der Konferenz teilnehmen würde.“ Kritiker fürchten, dass die Konferenz zu einem Forum für antiisraelische und antisemitische Hetze wird, zumal sich als Gast der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad angekündigt hat. Seit Wochen zanken sich die Diplomaten über den Wortlaut des Abschlussdokuments der sogenannten Durban-Nachfolgekonferenz. In der ersten Fassung des Textes wurde als einziger Staat Israel wegen des Palästinenserkonflikts an den Pranger gestellt, andere Konflikte wie der in Darfur wurden nicht erwähnt. Die Leitung des Vorbereitungs Komitees hat

Libyen, zu den weiteren beteiligten Staaten gehörten der Iran und Pakistan. In einem von Russland ausgearbeiteten Kompromissentwurf wurden zwar die umstrittenen Passagen über Israel getilgt. Doch noch am Freitag soll der Iran erneut versucht haben, einen Absatz aufzuweichen, der sich gegen das Vergessen des Holocaust richtet. Israel, Italien und Kanada wollen die Konferenz boykottieren. Auch die USA werden höchstwahrscheinlich nicht erscheinen. In der großen Koalition ist ein Boykott der Konferenz umstritten. „Eigentlich muss man jetzt erst recht nach Genf fahren, um

das Schlimmste zu verhindern“, sagte der SPD-Menschenrechtsexperte Christoph Strässer der taz. „Das Thema ist zu wichtig, um es Personen wie Ahmadinedschad zu überlassen.“ Ähnlich sieht das auch der Leiter des Deutschen Instituts für Menschenrechte, Heiner Bielefeldt. „Die Gefahr, dass Ahmadinedschad und andere antisemitische Hetzreden halten, ist groß“, sagte er. „Dennoch sollte Deutschland die Konferenz nicht von vornherein boykottieren.“ Die Delegierten aus der EU sollten sich aber die Option offenhalten, „jederzeit aus der Konferenz herauszumarschieren“. Ein Scheitern des Durban-

Prozesses würde nach Ansicht Bielefeldts „die UN-Menschenrechtspolitik um Jahrzehnte zurückwerfen“. Denn bei aller Kritik an der UN-Antirassismuskonferenz sei in Durban 2001 auch Positives erreicht worden. So seien erstmals Kolonialismus und Sklavenhandel als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geächtet worden. Im südafrikanischen Durban hatten sich 160 Staaten auf ein Aktionsprogramm gegen Rassismus geeinigt. Damals hatte Syrien versucht, Israel als rassistischen Staat verurteilen zu lassen. Das wurde verhindert, dennoch reisten die USA und Israel vorzeitig ab. **WOLF SCHMIDT**